

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/79

27. April 1971

Der 1. Mai 1971

Tradition und Blick nach vorn

Von Herbert Wehner MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD und Vorsitzender
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 80 Zeilen

Brauchen wir jetzt einen deutschen Kulturrat?

Ein warnendes Wort zu einem neuen Planungs-
vorhaben

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen SPD-MdB
Vizepräsident des Deutschen Gemeindetages und
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 3 / 32 Zeilen

Soldat: politisch mitdenkender Staatsbürger

Der neue Schmidt-Erlass über die politische
Betätigung

Von Klaus Richter SPD-MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des
Bundestages

Seite 4 und 5 / 53 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und

Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exter
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9159
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 00 37-39
Telex: 886 648/696 647/
886 648 PPF D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 68 11

Der 1. Mai 1971

Tradition und Blick nach vorn

Von Herbert Wehner MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD und
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Was bedeutet uns heute noch der 1. Mai?

Die Frage ist fast so alt wie die Institution 1. Mai. Immer wieder wird der 1. Mai gefeiert, begangen oder vollzogen.

Kann an einer Tradition festgehalten werden, obwohl der 1. Mai mit der Spaltung der Arbeiterbewegung zur Offenbarung der ihr innewohnenden Gegensätze geführt hat?

In einem alten und heute vergilbten Heft vom Vorabend der erstmaligen 1. Mai-Feier steht der Satz:

"Die Erfolge der Arbeiter wären nicht möglich gewesen, wenn die Widerstandsfähigsten unter ihnen nur für sich gesorgt und gekämpft, wenn sie sich nicht als die Vorkämpfer, die Leiter und Organisatoren der gesamten Arbeiterklasse betrachtet hätten, wenn sie nicht bestrebt gewesen wären, ihre schwächeren Mitarbeiter ... an ihren Errungenschaften teilnehmen zu lassen."

In diesem Satz steckt zweierlei:

1/ Die Lehre von der Solidarität der Arbeiter als des Unterpfands aller Errungenschaften.

2/ Die Erfahrung der "Widerstandsfähigsten" unter den Arbeitern, daß ihr Bewußtsein dazu gebraucht wird, die Übrigen in Bewegung zu bringen und allen zusammen Erfolg zu erringen.

Die Kundgebungen am und zum 1. Mai waren von Anfang an Kundgebungen für ganz aktuelle Forderungen wie die Verkürzung der Arbeitszeit auf ein erträgliches Maß und für höheren Lohn bei menschenwürdigen Arbeitsbedingungen. Sie sollten auch vorbereiten - in der Sprache der damaligen Zeit ausgedrückt - "die Lösung der großartigsten Aufgabe, die die Geschichte der Arbeiterklasse stellt, die Wiedergeburt der menschlichen Gesellschaft". Anders ausgedrückt auch so: "Daß der Mensch wirklich Mensch ist in der Gemeinschaft von Menschen und daß die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollen, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen sind."

Haben wir uns dieser Vorstellungen zu schämen, weil inzwischen offenbar geworden ist, daß nicht alles die Menschenherzen erwärmt, was rot ist?

Nachdenkliche Zeitgenossen, die von Zweifeln, Enttäuschung

oder Ungeduld bedrängt sind, werden einwenden, daß dennoch seit-her die Schrecken zweier Weltkriege die Menschheit verwüstet ha-ben. Daß Menschen gleicher Herkunft und im Namen hehrer Ideen einander das Leben zur Hölle machen. Andere Nachdenkliche werden konstatieren, daß auch die Schrecken zweier Weltkriege und die in ihrem Gefolge eingetretenen tief einschneidenden Veränderungen, die in der Menschheit vorgegangen sind, jene Keime nicht ausgerottet und leblos gemacht haben, in denen Ideen stecken, die den 1. Mai zur Welt gebracht hatten.

Ungeachtet allen Wandels, den die Formen des Ringens um "glei-ches Recht für jedermann" inzwischen durchgemacht haben, auch ungeachtet aller bitteren Gegensätze, die heute jene trennen, die den 1. Mai unter häufig einander ausschließenden Vorzeichen und Ansprüchen begehen, leben die Grundgedanken des 1. Mai. Selbst dort, wo sie nur in Rissen im Beton Wurzel fassen können.

Wir in der Bundesrepublik Deutschland müssen auf unsere Art weiter voran auf dem mit dem 1. Mai eingeschlagenen Wege. Im Grund-gesetz unseres Staates werden jeder Bürgerin und jedem Bürger glei-che Rechte verbürgt. Es gäbe sie nicht ohne die Beharrlichkeit der Vorkämpfer. Wir müssen sie hüten wie unsere Augäpfel. Diejenigen, denen sie gewährt sind, müssen überzeugt und befähigt werden, von ihnen den Gebrauch zu machen, der die gleichen Rechte umsetzt in gleiche Chancen. Jeder Mensch soll seine konkrete persönliche Chance bekommen. Das festzuhalten und dafür immer breitere Unter-stützung bei den Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu erwerben, ist das wichtigste politische Vermächtnis.

Aussprechen, was ist. Jeweils den Schritt suchen und gehen, der weitere Schritte nach sich zieht und möglich macht. Den jun-gen Menschen das Erlebnis der Solidarität vermitteln; es muß erlebt und kann nicht doktriniert oder oktroyiert werden. Immer daran denken, daß das Schicksal aller arbeitenden Menschen ab-hängt vom Ausmaß des Freiheitsraums, in dem für die Lebens-interessen derer gestritten werden kann, die "die kleinen Leu-te" genannt werden. Kühnheit nicht in erster Linie im Ausden-ken neuester, weitestgehender und perfektester Pläne nachzu-weisen suchen, sondern im Eintreten für Rechte und Notwendig-keiten aller, deren Wohlergehen die Steigerung der Leistungs-fähigkeit der öffentlichen Einrichtungen von Bund, Ländern und Gemeinden für soziale Sicherheit, kulturellen Fortschritt und das Bürgerrecht auf Bildung verlangt.

Der erste sozialdemokratische Bundeskanzler Willy Brandt hält diesen Kurs. Er verdient und braucht die Rückendeckung durch alle, denen die Ideen des 1. Mai zum Lebensinhalt gehö-ren.
(-/ex/27.4.1971/bgy)

+ + +

Brauchen wir jetzt einen deutschen Kulturrat?

Ein warnendes Wort zu einem neuen Planungsvorhaben

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen SPD-MdB
Vizepräsident des Deutschen Gemeindetages und
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Ausgehend von Vorschlägen des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft wird zur Zeit erwogen, das Beratungswesen im Verwaltungsbereich neu zu ordnen. Das Ziel ist, die zahlreichen Dauergremien mit ihren allgemeingehaltenen, weite Gegenstandsbereiche abdeckenden Beratungsaufträgen abzuschaffen und sie prinzipiell durch kleinere, flexible Kommissionen, Projektgruppen und ad-hoc-Gremien zu ersetzen, um das Beratungswesen effektiver und demokratischer zu gestalten.

Gleichzeitig aber soll der Plan verwirklicht werden, in Zusammenarbeit von Kommunalen Spitzenverbänden und Ständiger Konferenz der Kultusminister der Länder unter der Geschäftsführung des Deutschen Städtetages ein neues, dem Bildungsrat ähnliches Dauerberatungsgremium, einen "Gemeinsamen Ausschuß für Kulturfragen" gleichsam als Deutschen Kulturrat zu schaffen. Er soll Bedarfs- und Entwicklungspläne für die verschiedenen Gebiete des kulturellen Lebens erarbeiten und entsprechende Empfehlungen aussprechen. Auch die Bundesregierung hat ihre Mitwirkung zugesagt.

Der Gemeinsame Ausschuß hat sich vorgenommen, eine verwirrende Vielfalt von Aufgaben zu lösen. Sie reichen vom Bühnen- und Musikwesen über Literatur, Bildende Kunst und Denkmalspflege bis zum Film und Fernsehen. Ob diese Fülle unvergleichbarer Problembereiche überhaupt einem Ausschuß zur Beratung übertragen werden sollte, ist mehr als fraglich. Zugleich läßt die Vielzahl der benötigten Fach- und Expertengremien kaum eine rasche, effektive Arbeit erwarten.

Betroffene und Beteiligte sollten daher noch einmal überprüfen, ob Aufgabenstellung und Zeitpunkt für die Errichtung eines solchen Gemeinsamen Ausschusses für Kulturfragen richtig gewählt wurden und ob dieses Gremium in der Tat zur Effektivierung und Demokratisierung unseres Beratungswesens beitragen kann.

(-/ex/27.4.1971 bgy)

o + +

Soldat: politisch mitdenkender Staatsbürger

Der neue Schmidt-Erlaß über die politische Betätigung

Von Klaus Richter SPD-MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Am Wochenende setzt Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt seine Arbeitstagungen fort, die 1969 und 1970 im Rahmen der kritischen Bestandsaufnahme der Bundeswehr begonnen hatten. "Vorschläge eines Kompaniechefs an den Bundesverteidigungsminister zur Erleichterung und Verbesserung des Truppendienstes", "Vorschläge für die Vereinfachung des Schriftverkehrs und der Verwaltungsarbeit des Kompaniechefs" und "Sind die derzeitigen disziplinarischen und erzieherischen Mittel wirksam oder bedürfen sie einer Ergänzung?", das sind die drei Themenkreise, die Helmut Schmidt mit insgesamt 600 Hauptleuten und Kompaniechefs ausdiskutieren will. Mit den drei vorgesehenen Tagungen sorgt er dafür, daß die Bundeswehr sich nicht abkapselt, und daß die Diskussion nach den Hauptmannsthesen von Unna, die nicht der Weisheit letzter Schluß waren, weitergeführt wird.

In diesen Tagen hat Helmut Schmidt auch den neugefaßten Erlaß des Bundesverteidigungsministeriums über die politische Betätigung von Soldaten vorgelegt. Das war eine schnelle und deutliche Antwort auf die Unterstellung von Unna, daß die Politisierung der Armee bedenkliche Ausmaße angenommen hätte. Mit dem neuen Erlaß will Helmut Schmidt sichern, daß durch dienstliche Veranstaltungen und durch dienstliche Äußerungen einer parteilichen Politisierung kein Vorschub geleistet wird. Mit dem neuen Erlaß ist die Abkapselung der Bundeswehr gegen die Entwicklung der Gesamtgesellschaft vermieden worden.

Eine Isolierung hätte dem Soldaten weit größere Risiken gebracht als das Aushalten von Spannungen, in die jeder einzelne heute als politisch mitdenkender Staatsbürger gestellt ist.

Nach dem neuen Erlaß hat der Soldat wie jeder andere wahlberechtigte Staatsbürger das Recht, zu wählen und sich als Kandidat um ein politisches Mandat zu bewerben. Gleichzeitig wird dabei auf die Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte hingewiesen, die sich aus den gesetzlich begründeten Pflichten des Soldaten ergeben. So muß der Soldat sich stets bewußt sein, daß zwischen ihm und dem Staat ein gegenseitiges Treueverhältnis besteht: Er ist daher zu loyalen Verhalten gegenüber dem Dienstherrn und seinen Vorgesetzten verpflichtet. Dies verlangt Zurückhaltung und Takt bei allen politischen Meinungsäußerungen. Pflicht zum treuen Dienen und zum Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes verbietet auch während eines Wahlkampfes jeden unsachlichen, insbesondere beleidigenden, gehässigen oder hetzerischen Angriff gegen die Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder, ihre verfassungsmäßig berufenen Organe, die Grundlagen der Wehrverfassung und der Wehrpolitik sowie gegen Vorgesetzte. Kein Vorgesetzter darf seine dienstliche Stellung dazu mißbrauchen, seine Untergebenen zugunsten oder zuungunsten einer bestimmten politischen Richtung zu beeinflussen.

"Das Wahlrecht ist in unserer freiheitlich demokratischen Staatsordnung ein wichtiges staatsbürgerliches Recht. Es gibt jedem wahlberechtigten Staatsbürger die Möglichkeit, an der politischen Willensbildung in Bund, Land und Gemeinde mitzuwirken." Das steht einleitend im neu gefaßten Erlaß. Mit den dort festgelegten Grundsätzen ist die Position des Soldaten als politisch mitdenkender Staatsbürger nun verläßlich gesichert.

(-/ex/27.4.1971/by)